

secession

Vereinigung bildender KünstlerInnen Wiener Secession
Friedrichstraße 12, A-1010 Wien
T. +43-1-587 53 07, F. +43-1-587 53 07-34
office@secession.at, www.secession.at

An den Bundesminister für Kunst und Kultur,
Verfassung und Medien
Mag. Thomas Drozda

Wien, 21. April 2017

Stellungnahme gegen die öffentliche Subventionierung von Dauerleihgaben wie der befristeten Übernahme der Sammlung Haselsteiner, vormals Essl.

Wir, der Vorstand der Vereinigung bildender KünstlerInnen Wiener Secession, sprechen uns dezidiert gegen die aktuelle Entscheidung der Bundesregierung aus, die befristete Übernahme der Sammlung Haselsteiner, vormals Essl, in der Albertina für die Dauer von 27 Jahren mit jährlich 1,1 Millionen Euro zu fördern.

Wir teilen diesbezüglich den Standpunkt und die Sorge von Dieter Bogner:

„Die Entscheidung, mit öffentlichen Mitteln die Lager- und Erhaltungskosten einer privaten Sammlung zu finanzieren, kann ich nicht gutheißen. Denn sie befindet sich im Eigentum eines gewinnorientierten privaten Unternehmens, das über weitere Gesellschaften und Stiftungen zu 60 Prozent dem Vermögen der Familie von Hans Peter Haselsteiner zuzuordnen ist. Das Steuergeld fehlt den anderen Bundesmuseen, um deren Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen.“ (Kurier, 5. April 2017)

Angesichts der angespannten Fördersituation für Kunst und Kultur und den viel zu niedrigen Ankaufsbudgets der Museen, erscheint uns die Entwicklung in der Causa Essl als ein sehr problematischer kulturpolitischer Schritt.

Auch vor dem Hintergrund der alarmierenden prekären Verhältnisse der österreichischen Künstler und Künstlerinnen sehen wir in der Vereinbarung zwischen dem österreichischen Staat und der Haselsteiner Stiftung vor allem die Förderung einer privaten Sammlung. Das ist keine kulturelle Investition, die allen zugutekommt.

Bereits 2014 haben wir in unserem Statement gegen den Ankauf der Sammlung Essl deutlich gemacht, dass wir selbstverständlich jede Form von kulturellem Engagement und privater Sammlungstätigkeit begrüßen, es jedoch für fatal halten, wenn solche Sammlungen in Zusammenhang mit öffentlichen Einrichtungen verhandelt werden, sei es als Ankaufskonvolut oder Dauerleihgabe. Für öffentliche Sammlungen gelten andere Kategorien und Maßstäbe.

Wir bitten Sie daher, die Auflösung des Vertrages zu veranlassen und die finanziellen Mittel stattdessen in eine aktive Sammlungspolitik zu investieren und den Museen als Ankaufsbudgets zur Verfügung zu stellen.

Vorstand der Vereinigung bildender KünstlerInnen Wiener Secession